

## NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt

Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 27.06.2003, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

### Anwesend sind:

Herr Stadtrat Biver, Nico  
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte  
Herr Stadtrat Dr. Kahle, Franz  
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich  
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich  
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela  
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.  
Marlis  
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus  
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon  
Herr Aab, Peter  
Herr Acker, Matthias  
Herr Becker, Reinhold  
Frau Brahms, Karin  
Herr Chatzievgeniou, Pandelis  
Frau Daser, Dagmar  
Frau Dinnebier, Kirsten  
Herr Hussein, Schaker  
Frau Lotz-Halilovic, Erika  
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,  
Heinrich  
Herr Meyer, Uwe  
Herr Dr. Musket, Ralf  
Frau Schlüter-Böhm, Julia  
Frau Schröter, Roxane  
Frau Schulze-Stampe, Ursula  
Frau Seelig, Johanna  
Frau Sell, Sonja  
Herr Severin, Ulrich  
Frau Dr. Weinbach, Kerstin  
Frau Dersch, Christine  
Frau Gottschlich, Hannelore  
Herr Heck, Hermann  
Herr Heubel, Christian  
Frau Kaufmann, Anita  
Herr Kissel, Winfried  
Herr Lohse, Ingo  
Frau Mehnert, Ute  
Frau Oppermann, Anne  
Frau Pötter, Claudia  
Herr Rehlich, Jürgen  
Frau Rising Hintz, Gunilla  
Frau Röhrkohl, Anni  
Frau Schaffner, Karin

Herr Scherer, August  
Herr Dr. Wulff, Reimer  
Frau Dr. Baumann, Petra  
Herr Flohrschütz, Rainer  
Herr Göttling, Dietmar  
Herr Keller, Manfred  
Frau Lakner, Anna Katharina  
Frau Laßmann, Alev  
Herr Markus, Jürgen  
Frau Neuwohner, Elke  
Frau Perabo, Dr. Christa  
Herr Schäfer, Wolfram  
Frau Gottschaldt, Eva Christiane  
Frau Kolter, Astrid  
Herr Köster-Sollwedel, Henning  
Herr Metz, Peter  
Frau Richter, Anke  
Herr Faecks, Fridhelm  
Herr Schwindack, Frederic  
Herr Zaun, Herbert  
Herr Röllmann, Jan-Bernd  
Frau Schwebel, Gerlinde  
Herr Wüst, Wilfried  
Herr Dr. Huesmann, Gregor  
Herr Ludwig, Heinz

Entschuldigt fehlen:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann, Christine	e.
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz	e.
Frau Spies, Pauli	e.
Herr Usinger, Alexander	e.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner

## **Protokoll:**

### **zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden**

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer eröffnet die Sitzung um 17:10 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

### **zu 2 Genehmigung der Niederschrift**

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Mai 2003 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Einwände gegen das Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung**

Zur heutigen Tagesordnung liegen keine Dringlichkeitsanträge vor. Sie gilt somit in der ausgedruckten Fassung als genehmigt.

### **zu 4 Fragestunde**

#### **zu 4.1 Frage der Stadtverordneten Alev Laßmann (Nr.1 06/03) Vorlage: VO/1458/2003**

Kann der Magistrat Auskunft geben, wie der Stand der Dinge bezüglich der Baumaßnahmen an der Martin-Luther-Schule ist?

Es antwortet der Bürgermeister.

Im Herbst vergangenen Jahres ist mit der Martin-Luther-Schule abgestimmt worden, dass kurzfristig die ehemaligen Parkplätze hinter der Theaterwerkstatt zum Schulhof umgestaltet werden und 6 Klassenpavillons errichtet werden. Des Weiteren wird für die mittelfristige Perspektive zurzeit ein Raumprogramm für die Schule entwickelt. Die Lösung für die aus diesem Raumprogramm resultierenden baulichen Anforderungen soll in Form eines Architekturwettbewerbs herausgearbeitet werden.

Mit den Baumaßnahmen zur Umgestaltung der Schulhoffläche wurde bereits begonnen, der Auftrag zur Errichtung von 6 Klassenpavillons ist erteilt worden, so dass mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 die Klassenräume zur Verfügung stehen und die Schulhoffläche benutzt werden kann.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Rehlich (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.2 **Frage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.2 06/03)**  
**Vorlage: VO/1459/2003**

Sieht der Magistrat Möglichkeiten, in Marburg auch eine Bestattung im Leichensack zuzulassen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Gemäß der Verordnung über das Leichenwesen vom 12. März 1965 ist in § 7 geregelt, dass die Leichen in einem festen, gut abgedichteten Sarg zu transportieren sind. Daraus ergibt sich, dass Bestattungen in Leichensäcken in Hessen nicht erlaubt sind.

Selbst Verstorbenen islamischen Glaubens, die normalerweise nach ihrem Glauben in einem Leichensack beerdigt werden, werden in Holzsärgen beigesetzt.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Oppermann (CDU) und Ludwig (MBL) werden ebenfalls durch den Stadtrat beantwortet.

zu 4.3 **Frage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr.3 06/03)**  
**Vorlage: VO/1460/2003**

An welchen Orten wurden in Marburg Briefkästen abgehängt und welche Beschwerden / Initiativen sind dem Magistrat bekannt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Frage 3 wird zusammen mit der kleinen Anfrage Nr. 22 der Stadtverordneten Astrid Kolter (PDS/ML) beantwortet.

Aufzeichnungen über inaktive Standorte (demontierte Briefkästen) konnte die Deutsche Post auf Anfrage nicht zur Verfügung stellen. Somit kann nur über die zurzeit aktiven Briefkastenstandorte im Stadtgebiet von Marburg informiert werden (siehe Anlage).

Bis heute sind im Büro des Oberbürgermeisters weder telefonische noch schriftliche Beschwerden über abgehängte Briefkästen eingegangen.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschaldt und Köster (PDS/ML) sowie Severin (SPD) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.4 **Frage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr.4 06/03)**  
**Vorlage: VO/1457/2003**

Wie wird die Sondermüllabgabe am Landratsamt jeden 1. Samstag im Monat angenommen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Kleinmengen-Sondermüllabgabestelle am Landratsamt wird durch den zuständigen kreiseigenen Betrieb für Abfallwirtschaft (BefA) organisiert.

Nach Rücksprache mit der BefA besteht seit Jahren eine große, positive Resonanz der Sondermüllabgabemöglichkeit. Die dort angelieferten Mengen aus Privathaushalten sind seit Jahren konstant geblieben.

Die Marburger Abgabestelle ist unter den durch den Landkreis angebotenen Stellen die am besten frequentierteste.

zu **4.5** **Frage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr.5 06/03)**  
**Vorlage: VO/1461/2003**

Wie hoch sind die Kosten, die der Stadt jährlich für die Entsorgung wilder Müllablagerungen entstehen und was kosten Säuberungsaktionen verschiedener Initiativen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Für die Beseitigung wilder Müllablagerungen entstehen beim DBM jährlich Kosten in Höhe von 20.000 bis 25.000 EURO.

Bei den verschiedenen Säuberungsaktionen der unterschiedlichen Initiativen stellt der DBM in der Regel die Container sowie die notwendige Ausrüstung (Handschuhe, Zangen, Müllbeutel) zur Verfügung und entsorgt anschließend den gesammelten Abfall. Hierfür fallen Kosten in Höhe von durchschnittlich 3.000 EURO pro Jahr an.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Lotz-Halilovic (SPD) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.6** **Frage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.6 06/03)**  
**Vorlage: VO/1462/2003**

Das Stadtadressbuch wird nach behördlichen Unterlagen und Erhebungen des Verlages erstellt. Wie ist diese Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung zu verstehen? Ist es Bürgern dieser Stadt möglich, dass diese nicht in dem Adressbuch stehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Beim Eintrag im Adressbuch handelt es sich um eine Melderegisterauskunft in einem besonderen Fall i. S. von § 35 Abs. 4 Hess. Meldeges. Danach darf Adressbuchverlagen „Vor- und Familienname, akademischer Grad (Doktorgrad) und die Anschrift“ sämtlicher Einwohner und Einwohnerinnen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben, erteilt werden.

Die Einwohner/-innen haben das Recht der Weitergabe der Daten zu widersprechen (formlos, schriftlich und ohne Angabe von Gründen bis auf Widerruf). Sie werden bei der Anmeldung darauf hingewiesen.

Die Meldebehörde weist außerdem einmal jährlich und mindestens 2 Monate vor einer Datenübermittlung öffentlich auf dieses Recht hin.

Bzgl. der Ausgabe 2002/03 erfolgte die amtliche Bekanntmachung am 13. September 2002; die Datenübermittlung dann Ende November.

zu 4.7 **Frage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr.7 06/03)**  
**Vorlage: VO/1467/2003**

Soweit mir bekannt, soll für das ehemalige Behring-Labor am Wannkopf ein Konkursverwalter bestellt worden sein. Ist der Magistrat bereit, nochmals in Kaufverhandlungen – über die GeWoBau – einzutreten?

Ist der Magistrat weiterhin bereit, sich dafür einzusetzen, dass die Stadtwerke den Bewohnern Strom liefern?

Es antwortet der Bürgermeister.

Zu Teil 1 wird mitgeteilt, dass Verhandlungen über einen Grunderwerb seinerzeit zwischen dem Grundstückseigentümer und der GeWoBau geführt wurden, jedoch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Seitens der GeWoBau ist nicht beabsichtigt, die Kaufverhandlungen erneut aufzunehmen.

Zu Teil 2 der Kl. Anfrage kann das Dezernat II keine Aussage treffen, da dies in den Zuständigkeitsbereich des Dezernates I fällt.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Ludwig (MBL) und Rising Hintz (CDU) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**Um 17:30 Uhr übernimmt die Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Laßmann (B 90/Die Grünen) die Sitzungsleitung.**

zu 4.8 **Frage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr.8 06/03)**  
**Vorlage: VO/1468/2003**

Stimmt der Magistrat der Auffassung zu, dass bei der 2. Abfahrt von der L 3125, die nach Moischt und Cappel führt, der Hinweis „Cappel“ überflüssig geworden ist, seitdem die Abfahrt im Eselsgrund über die „blaue Straße“ nach Cappel fertiggestellt ist – und ist bereit, sich für eine neue Beschilderung einzusetzen, bei der der Hinweis „Moischt“ Priorität haben sollte?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Durch die Straßenverkehrsbehörde wird zusammen mit dem Amt- für Straßen- und Verkehrswesen als Baulastträger und dem Polizeipräsidium Mittelhessen, Regionaler Verkehrsdienst Marburg, geprüft, ob die vorgeschlagene Änderungen der Wegweisung möglich und sinnvoll sind.

Über das Ergebnis wird die Fragestellerin schriftlich informiert.

zu 4.9 **Frage der Stadtverordneten Johanna Seelig (Nr.9 06/03)**  
**Vorlage: VO/1469/2003**

Nach dem schweren Autounfall am 10.05.03 auf der L 3125 zwischen der Abfahrt „Cappel“ und der 2. Abfahrt in Richtung Moischt gibt es eine Initiative des Ortsbeirats Moischt, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 80 km/h auf den

gesamten Bereich zwischen den beiden Abfahrten auszudehnen – ist der Magistrat bereit, die Initiative zu unterstützen, ggf. auch die Forderung, für den Bereich ein Überholverbot einzurichten?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Durch die Straßenverkehrsbehörde wird zusammen mit dem Amt- für Straßen- und Verkehrswesen als Baulastträger und dem Polizeipräsidium Mittelhessen, Regionaler Verkehrsdienst Marburg, geprüft, ob die angesprochenen Änderungen der Beschilderung möglich und sinnvoll sind.

Über das Ergebnis wird die Fragestellerin schriftlich informiert

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Seelig (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.10** **Frage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.10 06/03)**  
**Vorlage: VO/1470/2003**

Erhielt der Tuntonia e.V. im Jahre 2002 außer dem im Haushalt festgelegten Zuschuss noch weitere Zuwendungen und gegebenenfalls wofür?

Es antwortet der Bürgermeister.

Nein, es gab keine weiteren Zuwendungen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Gottschaldt (PDS/ML) wird durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.11** **Frage des Stadtverordneten Jürgen Rehlich (Nr.11 06/03)**  
**Vorlage: VO/1471/2003**

Wie hoch sind die jährlich anfallenden Kosten für den Ortsbeirat Ockershausen und kann der Magistrat hierfür eine grobrasterige Gliederung abgeben?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Aufwandsentschädigung für den Ortsbeirat Ockershausen beträgt insgesamt: 18.849,48

In dem Gesamtbetrag sind die Personalkosten für den Ortsvorsteher, den Stellvertreter, die Schriftführerin sowie die restlichen 6 Ortsbeiratsmitglieder enthalten.

Nach dem geschlossenen Mietvertrag für die Räume des Ortsbeirates fallen folgende Kosten an:

Miete	4.896,00 €/Jahr
Vorausleistung auf die Betriebskosten	1.800,00 €/Jahr
Reinigung	480,00 €/Jahr
Strom	33,00 €/Jahr

Zusatzfragen der Stadtverordneten Rehlich (CDU) und Becker (SPD) werden

ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.12** **Frage der Stadtverordneten Gunilla Rising-Hintz (Nr.12 06/03)**  
**Vorlage: VO/1472/2003**

Sieht der Magistrat Möglichkeiten, durch weitere Verzahnung einzelner Arbeitsvorgänge des DBM mit dem Betrieb des Botanischen Gartens auf den Lahnbergen Synergieeffekte zu erzielen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Diese Frage kann mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden.

Wegen der vielen ähnlichen Pflegearbeiten im gärtnerischen Bereich besteht die Möglichkeit, durch eine enge Kooperation zwischen dem Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg und dem Betrieb des Botanischen Gartens der Philipps-Universität der Stadt Marburg auf den Lahnbergen, verstärkt Synergieeffekte zu erzielen.

Der Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg kann eine diversifizierte und doch spezialisierte Palette an Dienstleistungen anbieten. Diese erstreckt sich über Grünflächenpflege, Grünanlagenunterhaltung (Mäharbeiten etc.), Baumpflege, Straßen- und Wegeunterhaltung, Unterhaltung von ober- und unterirdischen Abwassersystemen bis hin zu Entsorgungs-/ Straßenreinigungs- und Winterdienstleistungen.

Der DBM verfügt über Spezialgeräte und andere Spezialmaschinen (z. B. Großflächenmäher) sowie über speziell ausgebildete Mitarbeiter/-innen. Im Bereich der speziellen gärtnerischen Arbeiten pflegt der DBM schon seit Jahren den Blindengarten im „Alten Botanischen Garten“ der Universität. Des Weiteren wurden in der Vergangenheit auch schon diverse Baumpflegearbeiten durch die Spezialeinheit des DBM für die Universität ausgeführt.

Speziell auf den Betrieb des Botanischen Gartens ausgerichtet, kann ein Großteil der dort anfallenden Aufgaben durch das Leistungsspektrum des DBM ergänzt werden.

Eine breite Basis zur Realisierung von Synergieeffekten ist somit gegeben.

zu **4.13** **Frage des Stadtverordneten Dr. Georg Huesmann (Nr.13 06/03)**  
**Vorlage: VO/1473/2003**

Wie viele Parkplätze wurden aus der Kernstadt der Stadt Marburg heraus verlagert, z.B. in den Bereich des Afföllergeländes?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der Radweg von der Kreuzung Sonnenblickallee/Am Köppel, entlang der L 3125 in Richtung Moischt, endet ca. 30 m hinter der Kreuzung. Dieses Stück des Radweges befindet sich außerhalb der Ortslage. Baulastträger wäre nicht der Magistrat der Stadt Marburg, sondern das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) Marburg. Der Magistrat wird sich diesbezüglich mit dem ASV in Verbindung setzen und dem Fragesteller eine abschließende schriftliche Antwort



erteilen.

zu **4.14** **Frage des Stadtverordneten Heinz Ludwig (Nr.14 06/03)**  
**Vorlage: VO/1474/2003**

Ist der Magistrat der Stadt Marburg bereit zu veranlassen, dass der Radweg von der Kreuzung Sonnenblickallee / Am Köppel, entlang der L 3125 Richtung Moischt, bis auf die Höhe der Blauen Strasse zu Ende gebaut wird?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Der Radweg von der Kreuzung Sonnenblickallee/Am Köppel, entlang der L 3125 in Richtung Moischt, endet ca. 30 m hinter der Kreuzung. Dieses Stück des Radweges befindet sich außerhalb der Ortslage. Baulastträger wäre nicht der Magistrat der Stadt Marburg, sondern das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) Marburg. Der Magistrat wird sich diesbezüglich mit dem ASV in Verbindung setzen und dem Fragesteller eine abschließende schriftliche Antwort erteilen.

zu **4.15** **Frage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr.15 06/03)**  
**Vorlage: VO/1475/2003**

Wie viele gasbetriebene Kraftfahrzeuge gibt es derzeit bei der Stadtverwaltung und ihren Eigenbetrieben? Ist geplant weitere gasbetriebene Fahrzeuge zu erwerben?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Im Dienstleistungsbetrieb der Stadt Marburg gibt es derzeit keine gasbetriebenen Kraftfahrzeuge.

zu **4.16** **Frage des Stadtverordneten Wolfram Schäfer (Nr.16 06/03)**  
**Vorlage: VO/1476/2003**

Trifft es zu, dass es nach wie vor Beschwerden über häufig verkehrswidrig auf dem Marktplatz abgestellte (verschiedene) KFZ mit den Kennzeichen MR-FH... gibt? Wenn ja, wie gedenkt die Ordnungsbehörde dagegen vorzugehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es gibt generell Beschwerden über die häufig und verkehrswidrig abgestellten Kraftfahrzeuge im Marktplatzbereich. Die Beschwerden richten sich nicht gegen bestimmte Fahrzeughalter - wie vom Fragesteller dargestellt - sondern generell gegen verkehrswidrig abgestellte Fahrzeuge.

Die Ordnungsbehörde führt ständig Kontrollen durch und veranlasst die entsprechenden Maßnahmen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Schäfer (B 90/Die Grünen) wird durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.17** **Frage des Stadtverordneten Rainer Flohrschütz (Nr.17 06/03)**  
**Vorlage: VO/1477/2003**

Wie will der Magistrat mit dem Angebot eines TAXI-Unternehmens, in den Sommermonaten im Altstadtbereich Rundfahrten mit einer kleinen Wegebahn ("Bimmelbahn") anzubieten, umgehen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Für den Betrieb einer Wegebahn („Bimmelbahn“) ist eine Erlaubnis gemäß Personenbeförderungsgesetz erforderlich, die nicht durch die Stadt Marburg sondern nur durch den Regierungspräsidenten erteilt werden kann. Der Antrag des Unternehmers ist deshalb am 30.04.2003 an das Regierungspräsidium in Gießen weitergeleitet worden.

Der Magistrat hält den Antrag jedoch in der vorgelegten Form für nicht genehmigungsfähig.

zu **4.18** **Frage des Stadtverordneten Rainer Flohrschütz (Nr.18 06/03)**  
**Vorlage: VO/1478/2003**

In vielen Verwaltungen, Einrichtungen und Betrieben kommt heute ausschließlich Papier, das zu 100% aus Altpapier besteht, zum Einsatz. Wird der Beschluss der STVV, auch in der Marburger Stadtverwaltung so zu verfahren, inzwischen umgesetzt?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Aufgrund technischer Probleme früherer Drucker- und Kopierergenerationen als auch des Preisgefälles zwischen Recycling-Papier und weißem Papier wurde in der Vergangenheit vorzugsweise weißes Papier eingesetzt. Weil die neueren Drucker und Kopierer bei der Benutzung von Recycling-Papier aber keine besondere Störanfälligkeit mehr zeigen und zudem die Preise zwischen Recycling-Papier und weißem Papier mittlerweile ein in etwa gleiches Niveau erreicht haben, wird die Verwaltung verstärkt auch in den Bereichen, wo bislang noch überwiegend weißes Papier eingesetzt wurde, auf Recycling-Papier umstellen. Diese Umstellung wird aufgrund der noch vorhandenen Lagerbestände an weißem Papier sukzessive erfolgen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Flohrschütz (B 90/Die Grünen) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.19** **Frage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.19 06/03)**  
**Vorlage: VO/1479/2003**

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wie viele Gäste monatlich bzw. jährlich den Neuen Botanischen Garten besuchen?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die Stadt erhebt keine Besucherzahlen im Botanischen Garten. Die Zuständigkeit liegt bei der Philipps-Universität Marburg.

Nach Rückfrage bei der Führung des Botanischen Gartens wurden uns folgende Zahlen mitgeteilt:

Nach Schätzungen ist im Jahr mit 50.000 bis 100.000 Besuchern im Botanischen Garten Lahnberge zu rechnen.

An konkreten Angaben wurden nach aktuellen Zählungen an Christi Himmelfahrt 1.500 Besucher registriert, am Samstag vor Pfingsten 200 Besucher.

zu **4.20** **Frage der Stadtverordneten Ursula Schulze-Stampe (Nr.20 06/03)**  
**Vorlage: VO/1480/2003**

Kann der Magistrat Auskunft erteilen, ob die Streuobstwiese hinter dem Neubau Gladenbacher Weg 27 unter Naturschutz steht und wer Eigentümer dieser Wiese ist.

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Ein besonderer Schutzstatus liegt für diese Streuobstwiese nicht vor. Eventuell greift jedoch der § 15d des Hessischen Naturschutzgesetzes über „gesetzlich geschützte Biotope“. Eine genauere Prüfung dieses Sachverhaltes konnte bisher jedoch nicht vorgenommen werden.

Der Eigentümer ist festgestellt, jedoch unterliegt die Weitergabe dieser Information datenschutzrechtlichen Bestimmungen.

zu **4.21** **Frage der Stadtverordneten Hannelore Gottschlich (Nr.21 06/03)**  
**Vorlage: VO/1481/2003**

Dem zuständigen Dezernenten Bürgermeister Vaupel ist seit längerem bekannt, dass es auf dem Ballspielplatz „Zur Wann“ erhebliche Probleme wegen Nichteinhaltung der Lärmschutzregeln und nächtlicher Randalie gibt. Was gedenkt der Magistrat hier zu tun, um die berechtigten Interessen der Anwohner zu schützen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Wie bereits auf der kleinen Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell vor ca. 4 Wochen mitgeteilt, soll der zweite Basketballständer auf dem Spielplatz „Zur Wann“ nicht erneut aufgestellt werden.

Der somit verbleibende Basketballständer wird durch Wegnahme des „Blechzielbrettes“ und durch geeignete Schalldämpfungsmaßnahmen „entschärft“.

Das vorhandene Hinweisschild wird an deutlich besser einsehbarer Stelle aufgestellt.

Dies ist den Anwohnern bereits mit Schreiben vom 20. Mai 2003 mitgeteilt worden. Die Umsetzung der Maßnahme ist beauftragt

Zusatzfragen der Stadtverordneten Gottschlich (CDU) und Schwebel (FDP) werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

**zu 4.22 Frage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.22 06/03)  
Vorlage: VO/1482/2003**

Wie viele Briefkästen der Deutschen Post wurden in den vergangenen fünf Jahren auf dem Marburger Stadtgebiet entfernt und wie viele sollen in den nächsten fünf Jahren folgen?

Die Anfrage wurde zusammen mit der kleinen Anfrage Nr. 3 beantwortet.

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Aufzeichnungen über inaktive Standorte (demontierte Briefkästen) konnte die Deutsche Post auf Anfrage nicht zur Verfügung stellen. Somit kann nur über die zurzeit aktiven Briefkastenstandorte im Stadtgebiet von Marburg informiert werden (siehe Anlage).

Bis heute sind im Büro des Oberbürgermeisters weder telefonische noch schriftliche Beschwerden über abgehängte Briefkästen eingegangen.

**zu 4.23 Frage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr.23 06/03)  
Vorlage: VO/1483/2003**

In der Antwort auf eine Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz für die Stadtverordnetenversammlung vom 29.11.2002 wurde mitgeteilt, dass sich die Fertigstellung einer Studie des RMV zu einem Regionalbahnkonzept für Mittelhessen, die ursprünglich für Frühjahr 2002 geplant war, wegen der Abschaffung des InterRegio um ein halbes Jahr verzögert habe. Mittlerweile ist ein weiteres halbes Jahr vergangen. Ist mit einer Fertigstellung der Studie noch zu rechnen und werden wenigstens die Zwischenergebnisse veröffentlicht?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die angesprochene Studie ist Ende Dezember 2002 fertiggestellt worden, aber die Einarbeitung in den Regionalen Nahverkehrsplan des RMV fehlte noch. Diese Einarbeitung ist durch den RMV erfolgt; sie in das Zielnetz des SPNV innerhalb des Verbundgebietes aufgenommen.

Kernstück des geplanten Mittelhessen-Express ist die Konzeption, zusätzliche stündliche Zugverbindungen von Marburg und Seigen nach Frankfurt anzubieten. Die beiden Züge sollen im Bahnhof Gießen zu einem Zug vereinigt werden und von dort aus nach Frankfurt fahren. Auf der Rückfahrt wird der Zug in Gießen wieder in zwei Züge „geflügelt“.

Zusammen mit der Regionalbahn von Marburg nach Gießen ergibt sich mit dem Mittelhessen-Express für jeden Haltepunkt zwischen Marburg und Gießen ein Halbstundentakt nach Marburg bzw. Gießen und ein Stundentakt nach Frankfurt. Die Studie liegt der Beantwortung als PDF-Datei bei und kann bei Bedarf durch das Büro des Stadtverordnetenvorstehers zur Verfügung gestellt werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Kolter (PDS/ML) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**zu 4.24 Frage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (Nr.24 06/03)  
Vorlage: VO/1484/2003**

Was ist aus dem - einst von der ehemaligen Stadträtin Kober angeregten Vorhaben geworden, durch ein System von Belobigungen und Auszeichnungen (etwa: Plakette "Behindertenfreundliches Lokal") die Marburger Kneipiers und Gastronomen zu motivieren, ihre Betriebe möglichst barrierefrei umzugestalten und die Speisen- und Getränkekarte auch in Punktschrift vorzuhalten?

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle.

Die Anregung von Frau Kober wurde damals in die Arbeitsgruppe „Bauen/Verkehr“ des Behindertenbeirates der Stadt Marburg überwiesen. Aus den Protokollen ist leider nicht ersichtlich, ob und wenn ja, welche Maßnahmen von dort veranlasst wurden.

Außerdem wurden im Rahmen der Erstellung des Stadtführers für behinderte Menschen ca. 100 Gaststätten in Marburg angeschrieben und um Rückmeldung hinsichtlich ihrer Barrierefreiheit gebeten. Der Rücklauf war allerdings äußerst spärlich.

**zu 4.25 Frage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr.25 06/03)  
Vorlage: VO/1485/2003**

Wann wird der Endausbau der Straße im Wäldchesborn im Stadtteil Gisselberg fertiggestellt sein.

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Straße „Wäldchesborn“ im Wohn- und Gewerbegebiet Gisselberg-Nord wird von der SEG in Abstimmung mit der Stadt Marburg hergestellt. Dabei ist zu beachten, dass der Endausbau einer Straße erst dann zu vollziehen ist, wenn die weit überwiegende Mehrheit der Grundstücke verkauft und bebaut ist. Dabei ist von mindestens 80-90 % bebauten Grundstücken auszugehen.

Diesem Sachverhalt liegt zugrunde, dass jeder Aufbruch der fertigen Straße zur Herstellung der jeweiligen Hausanschlüsse den Straßenkörper erheblich beeinträchtigt. Gerade bei einer eben neu hergestellten Straße sollte dieses möglichst vermieden oder wenigstens auf ein Mindestmaß reduziert werden. Auch optische Gründe sprechen gegen wiederholte Aufbrüche gerade einer neuen Straße.

Bei der Straße „Wäldchesborn“ kommt noch hinzu, dass sie im Endausbau als verkehrsberuhigte Straße aufwendig mit einer Pflasterung versehen werden wird sowie mit einem Mulden-Rigolen-System wie im Bebauungsplan vorgesehen. Beides würde unter der Belastung schwerer Baufahrzeuge beim Bau von Privathäusern erheblich leiden; die Mulden-Rigolen würden sogar die Zufahrt von Baufahrzeugen auf Baugrundstücke zusätzlich einschränken.

Darüberhinaus ist zu erwarten, dass durch wiederholtes Aufbrechen und Flickern der neuen Straße diese in späteren Jahren schneller als sonst einer grundlegenden Sanierung bedürfte, die dann im Gegensatz zum Erstausbau, der von der SEG getragen wird, von den Anliegern zu bezahlen wäre.

Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass während des Endausbaus der Straße (Pflasterung, Mulden-Rigolen etc.) eine Befahrung durch schwere Baufahrzeuge für

6-8 Wochen völlig ausgeschlossen ist, so dass während dieser Zeit keine private Hausbautätigkeit stattfinden könnte.

Der gegenwärtige Vermarktungsstand stellt sich nach Angaben der SEG so dar, dass gegenwärtig noch 5 Grundstücke unbebaut sind. Für alle 5 Grundstücke laufen gegenwärtig Verkaufsverhandlungen, so dass möglicherweise noch bis Jahresende die Häuser oder wenigstens die Rohbauten stehen könnten.

Nach Abwägung aller Fakten ist es zweckmäßig und realistisch den Endausbau für das Frühjahr 2004 vorzusehen. Dass die ersten Hausbauer bis dahin noch warten müssen ist sicher bedauerlich, aber nach Lage der Dinge unvermeidlich. Im übrigen ist der Zeitraum von 3 Jahren bis zum Endausbau einer Anliegerstraße im Rahmen des Üblichen.

Zusatzinformationen:

1. Teilweise weisen dortige Hauseigentümer auf Staubbelastung hin. Diese rührt jedoch weniger von dem befestigten Schotter her als vielmehr von der lose aufliegenden Oberfläche der noch unbebauten Grundstücke.
2. Aus Caldern ist ein Fall bekannt, wo sich Anwohner einer neuausgebauten Straße über unahnsehnliche Flicker auf der Straße nach nachträglichen Aufbrüchen beschwert haben.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Sell (SPD) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.26** **Frage der Stadtverordneten Pauli Spies (Nr.26 06/03)**  
**Vorlage: VO/1486/2003**

Kann der Magistrat darüber Auskunft geben, wann und in welchem Umfang die östlichen Stadtteile Moischt, Schröck, Bauerbach und Ginseldorf eine Stadtbusanbindung bekommen?

Es antwortet der Bürgermeister.

Die Universität wird voraussichtlich im Herbst 2004 im Landgrafenschloss eine größere, eher wissenschaftlich orientierte Ausstellung zu Philipp dem Großmütigen erstellen, die vom Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst finanziert wird.

Der Fachdienst Kultur und Marburg Tourismus und Marketing GmbH (MTM) haben seit Herbst 2002 in mehreren Sitzungen ein ergänzendes Konzept erarbeitet, wie der Landgraf, Reformator und Universitätsgründer und seine Zeit auf populäre Weise vermittelt werden können.

In zeitlich enger Beziehung zur Ausstellungseröffnung soll voraussichtlich im September 2004 ein „Philipp-Wochenende“ organisiert werden mit musikalischen, theatralischen, sportiven, medizinischen und kulinarischen Elementen, die die damalige Zeit lebendig werden lassen. Dieses Philipp-Wochenende soll auf dem Marktplatz und am Schloss stattfinden. Die genaueren Planungen und der Umfang des Programms hängen auch von dem Budget ab, das für dieses Jubiläum aufgebracht werden kann.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schulze-Stampe (SPD) und Dr. Wulff (CDU)

werden durch den Bürgermeister beantwortet.

zu **4.27** **Frage der Stadtverordneten Elke Neuwohner (Nr.27 06/03)**  
**Vorlage: VO/1487/2003**

In welcher Intensität ist geplant, die Zahl der klimatisierten Stadtbusse zu vergrößern? (Die Temperaturen in den meisten Stadtbussen werden schon jetzt in diesem warmen Mai- und Juniwochen von vielen Fahrgästen als saunaähnlich empfunden.)

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Es ist vorgesehen, den Betrieb zum 1. September aufzunehmen.

Die Fahrplandetails müssen mit den Beteiligten noch besprochen werden.

Zusatzfragen des Stadtverordneten Floherschütz (B 90/Die Grünen) werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.28** **Frage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.28 06/03)**  
**Vorlage: VO/1488/2003**

Wie hoch war die Zahl und die Dauer der Überschreitung der gesetzlichen Vorgaben in Hessen für die Hilfsfristen der Feuerwehr in den letzten drei Jahren in den Problembereichen der schnellen Erreichbarkeit in Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Von den 59 Bussen im städtischen Linienbetrieb sind 23 mit einer Klimaanlage ausgestattet. Der letzte Bus ohne Klimaanlage wurde im Jahr 1998 beschafft. Seit dem wird bei der Neubeschaffung darauf geachtet, dass die Busse grundsätzlich eine Klimaanlage besitzen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Köster (PDS/ML) wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.29** **Frage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr.29 06/03)**  
**Vorlage: VO/1495/2003**

Wie hoch war die Zahl und die Dauer der Überschreitung der gesetzlichen Vorgaben in Hessen für die Hilfsfristen der Feuerwehr in den letzten drei Jahren in den Problembereichen der schnellen Erreichbarkeit in Marburg?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Die Zahl und Dauer der Einsätze im Bereich des Richtsbergs und der Lahnberge, bei denen es zu einer Hilfsfristüberschreitung gekommen ist, wird zurzeit im Fachdienst Brandschutz ermittelt. Dabei werden die Jahre 1997 bis 2002 ausgewertet. Diese Analysen müssen manuell vorgenommen werden und erfordern dementsprechend einen hohen Zeitaufwand und liegen bis heute abschließend noch nicht vor. Die Arbeitsergebnisse sollen bis zur nächsten Sitzung der eingerichteten Arbeitsgruppe zur Feuerwehrbedarfs- und

Entwicklungsplanung am 2. Juli 2003 den Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorgelegt werden.

zu **4.30** **Frage der Stadtverordneten Roxane Schröter (Nr.30 6/03)**  
**Vorlage: VO/1496/2003**

Sieht der Magistrat Möglichkeiten, private Waldbesitzer zu veranlassen, die in ihren Waldflächen illegal abgelagerten Gartenabfälle zu entfernen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Öffentlich zugänglicher Privatwald fällt unter die Bestimmungen des Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz. Danach ist die Kommune für wild abgelagerte Abfälle, darunter fallen auch pflanzliche Abfälle, einsammlungspflichtig.

zu **4.31** **Frage der Stadtverordneten Roxane Schröter (Nr.31 06/03)**  
**Vorlage: VO/1497/2003**

Welche Maßnahmen unternimmt der Magistrat gegen die illegale Ablagerung von Gartenabfällen (Gras- und Baumschnitt) vor allen in an die Wohnbebauung angrenzenden Waldflächen?

Es antwortet der Oberbürgermeister.

Im Rahmen des Außendienstes werden durch unsere Mitarbeiter wilde Ablagerungen von Gras- und Baumschnitt an Wohnbebauungen festgestellt und Ermittlungen bezüglich des/r Verursachers aufgenommen.

Falls kein Verursacher ermittelt werden kann, ist die Stadt Marburg einsammlungspflichtig.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Keller (B 90/Die Grünen) wird durch den Oberbürgermeister beantwortet.

**Damit ist die Fragestunde zeitlich erschöpft. Die restlichen Fragen Nr. 32 – 36 werden schriftlich beantwortet. Die Antworten liegen dieser Niederschrift als Anlage bei.**

**Um 17:13 Uhr übernimmt wieder Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer (SPD) die Sitzungsleitung.**



zu 5 **Marburger Ortsrecht**  
**hier: Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen in der**  
**Universitätsstadt Marburg**  
**Vorlage: VO/1326/2003**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Beratung sprechen der Stadtverordneter Faecks (BfM) und Bürgermeister Vaupel.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Nein-Stimmen aus FDP, BfM und Mf mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten,

die beigefügte Neufassung der Satzung über das Erheben von Straßenbeiträgen der  
Universitätsstadt Marburg

zu beschließen.

zu 6 **Sanierung nach dem Baugesetzbuch (BauGB);**  
**Verkauf einer Grünparzelle aus dem Treuhandvermögen**  
**Verkauf an Helmut Bauer, Zuordnung zu Kappesgasse 5**  
**Sanierungsgebiet: Weidenhausen**  
**Vorlage: VO/1369/2003**

**Diese Vorlage wurde durch die Beschlussfassung im Bau- und Planungsausschuss und Liegenschaften abschließend beschlossen. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.**

zu 7 **Bauleitplanung der Stadt Marburg**  
**- Teiländerung des wirksamen Flächennutzungsplanes Nr. 24/1**  
**- 6. Teiländerung des Bebauungsplanes Nr. 24/4 'Am Hasenküppel' im**  
**Stadtteil Marbach**  
**Vorlage: VO/1387/2003**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete

Oppermann (CDU). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B 90/Die Grünen). Auch der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei einer Enthaltung mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

- 1. Die Schreiben der Einwender und Träger öffentlicher Belange mit Anregungen werden zur Kenntnis genommen. Den unter den Nummern 2-5 aufgeführten Anregungen wird gemäß Einzelstellungnahme zugestimmt.**

**Den Anregungen Nr. 1, 6, 7 und 8 wird gemäß Einzelstellungnahme in Teilen zugestimmt.**

- 2. Der Teiländerung Nr. 24/1 des Flächennutzungsplanes im Bereich Marbach, Hasenküppel, mit Erläuterungsbericht wird zugestimmt.**
- 3. Der Bebauungsplan Nr. 24/4-6. Änderung, „Am Hasenküppel“ im Stadtteil Marbach einschl. Begründung wird unter Bezug auf die folgende Begründung als Satzung beschlossen.**
- 4. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 24/4-6. Änderung, „Am Hasenküppel“, werden gemäß § 81 (1) HBO (i. d. F. vom 01.10.2002) als Gestaltungssatzung für den Geltungsbereich o. g. Bebauungsplanes beschlossen.**

zu 8

**Bauleitplanung der Stadt Marburg;  
Bebauungsplan Nr. 14/11 'Das Buchenrot' im Stadtteil Schröck  
- Bericht über das Ergebnis der Prüfung der während der öffentlichen  
Auslegungen vorgebrachten Anregungen und Stellungnahmen gemäß § 3  
Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB)  
- Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB und gemäß § 81 Hess.  
Bauordnung (HBO)  
Vorlage: VO/1419/2003**

Vor Aufruf des Tagesordnungspunktes verlässt der Stadtverordnete Ludwig (MBL) wegen möglicher Interessenkollision gemäß § 25 HGO den Saal.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde beantragt.

Für den Umweltausschuss berichtet der Stadtverordnetenvorsteher anhand der Niederschrift. Auch im Umweltausschuss wurde der Vorlage zugestimmt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Kolter (PDS/ML) und Lohse (CDU) sowie Oberbürgermeister Möller.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltungen der PDS/ML-Fraktion mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. Die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange wurden geprüft und abgewogen. Die Abwägung, die zu den einzelnen Schreiben vorliegt, wird beschlossen.
2. Die Anregungen der Bürger/innen wurden geprüft und abgewogen. Die Abwägung, die zu den einzelnen Stellungnahmen vorliegt, wird beschlossen.
3. Der Bebauungsplan Nr. 14/11 „Das Buchenrot“ der Stadt Marburg wird einschließlich der Begründung als Satzung gemäß § 10 BauGB beschlossen.
4. Die gestalterischen Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 14/11 werden gemäß § 81 HBO als Gestaltungssatzung für den festgesetzten Geltungsbereich beschlossen.

zu 9

**Marburger Ortsrecht**

**hier: Gefahrenabwehrverordnung über die Sicherheit und Ordnung auf und an den Straßen sowie in den Anlagen der Universitätsstadt Marburg (Marburger Straßenordnung)**

**Vorlage: VO/1405/2003**

Die Vorlage ist im Haupt- und Finanzausschuss, im Sozialausschuss und im Umweltausschuss behandelt worden. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde beantragt, die Vorlage erst in der Juli-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung zu bringen. Vorher soll die Zustimmung des Kinder- und Jugendparlaments eingeholt werden.

Dagegen wird nicht gesprochen. Die Vorlage wird an das Kinder- und Jugendparlament zur Beratung überwiesen.

zu 10

**Antrag der Adolf-Reichwein-Schule auf Erweiterung der Zweijährigen Berufsfachschule um das Berufsfeld Körperpflege**

**Vorlage: VO/1349/2003**

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Stellvertretende Stadtverordnete Laßmann (B 90/Die Grünen). Der Schul- und Kulturausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. dem Antrag der Adolf-Reichwein-Schule auf Erweiterung der Zweijährigen Berufsfachschule um das Berufsfeld Körperpflege zum Schuljahr 2004/05 zuzustimmen,
2. entsprechend der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für die Beruflichen Schulen der Stadt Marburg von 1995 in seiner derzeitigen Fassung zuzustimmen.

zu 11 **Erklärung von Barcelona**  
**Vorlage: VO/1403/2003**

Für den Sozialausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Perabo (B 90/Die Grünen). Der Sozialausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Die Stadt Marburg tritt der Erklärung von Barcelona vom 24. März 1995 bei.**

zu 12 **Dringlichkeitsanträge**

keine Vorlagen

zu 13 **Anträge der Fraktionen**

zu 13.1 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Bebauung des Fronhofgeländes**  
**Vorlage: VO/1164/2003**

Dieser Antrag wurde zusammen mit dem Antrag 13.2 beraten und im Laufe der Diskussion im Schul- und Kulturausschuss von den Antragstellern als erledigt erklärt. Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

zu 13.2 **Antrag der PDS/ML-Fraktion betr. Mehrzweckgebäude auf dem Fronhofgelände**  
**Vorlage: VO/1256/2003**

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein Mehrzweckgebäude für schulische und kulturelle Zwecke auf dem Fronhofgelände zu errichten. Der Entwurf des Büros Metzker/Mechsner-Spangenberg (Variante 2) berücksichtigt sowohl weitgehend die Vorstellungen der späteren Nutzerinnen und Nutzer als auch den von der Stadt Marburg max. zu finanzierenden Kostenrahmen.
2. Sollte es zu keiner Einigung mit den Schulen über die vorgeschlagene Variante 2 kommen, so ist alsbald mit der Errichtung der ursprünglichen Forderung des OUS und der Fronhofschule nach einer Ein-Felder-Halle zu beginnen, um den vorhandenen Raummangel an Schulen für Sportunterricht zu beheben.

Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Es berichtet die Stellvertretende Vorsitzende Laßmann (B 90/Die Grünen). Auch der Schul- und Kulturausschuss gibt die gleiche Beschlussempfehlung wie der Bau- und Planungsausschuss.

Die Fraktionen von B 90/Die Grünen und SPD treten dem Antrag bei.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache. Es sprechen Oberbürgermeister Möller, Köster (PSD/ML), Wüst (FDP), Laßmann (B 90/Die Grünen), Dersch (CDU), Daser (SPD), Bürgermeister Vaupel, Oppermann (CDU) und erneut Bürgermeister Vaupel.

Anschließend fasst die Stadtverordnetenversammlung mit Ja-Stimmen aus SPD, Die Grünen und PDS/ML, bei Nein-Stimmen aus CDU, BfM, FDP und MBL und bei drei Enthaltungen folgenden Beschluss:

- 1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich dafür aus, ein Mehrzweckgebäude für schulische und kulturelle Zwecke auf dem Fronhofgelände zu errichten. Der Entwurf des Büros Metzker/Mechsner-Spangenberg (Variante 2) berücksichtigt sowohl weitgehend die Vorstellungen der späteren Nutzerinnen und Nutzer als auch den von der Stadt Marburg max. zu finanzierenden Kostenrahmen.**
- 2. Sollte es zu keiner Einigung mit den Schulen über die vorgeschlagene Variante 2 kommen, so ist alsbald mit der Errichtung der ursprünglichen Forderung des OUS und der Fronhofschule nach einer Ein-Felder-Halle zu beginnen, um den vorhandenen Raumangel an Schulen für Sportunterricht zu beheben.**

**Während der Aussprache hat von 19:05 – 19:45 Uhr der Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Reimer Wulff (CDU) die Sitzungsleitung übernommen.**

**zu 13.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Radweg  
Vorlage: VO/1339/2003**

Der Antrag ist im Bau- und Planungsausschuss zurückgestellt worden. Inzwischen wurde er von der Fraktion zurückgezogen.

**zu 13.4 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Fußweg  
Vorlage: VO/1341/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B 90/Die Grünen). Der Antrag wurde vom Schul- und Kulturausschuss an den Umweltausschuss weitergeleitet. Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung nach eingehender Beratung folgenden geänderten Antragstext zu beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, den Fußweg von der Fußgängerbrücke Rosenstraße - Afföller zum TNT zu gestalten / kenntlich zu machen, um den Kulturstandard, der demnächst erweitert wird, anzubinden.
2. Der Magistrat möge sich bei der Universität für die Sanierung der Universitätseigenen Brücke beim Afföller Wehr einsetzen, diese an das Fuß- und Radwegenetz der Stadt Marburg (Bereich Rosenstraße – Afföller Wehr) angeschlossen wird.

In dieser Fassung ist der Antrag auch im Bau- und Planungsausschuss beraten

worden. Es berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die gleiche Beschlussfassung wie der Umweltausschuss.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. **Der Magistrat wird gebeten, den Fußweg von der Fußgängerbrücke Rosenstraße - Afföller zum TNT zu gestalten / kenntlich zu machen, um den Kulturstandard, der demnächst erweitert wird, anzubinden.**
2. **Der Magistrat möge sich bei der Universität für die Sanierung der Universitätseigenen Brücke beim Afföller Wehr einsetzen, diese an das Fuß- und Radwegenetz der Stadt Marburg (Bereich Rosenstraße – Afföller Wehr) angeschlossen wird.**

zu 13.5 **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.  
Baumschutzsatzung  
Vorlage: VO/1346/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Baumann (B 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

In der Stadtverordnetenversammlung wird der Aussprachewunsch doch wieder zurückgezogen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus SPD, B 90/Die Grünen und PDS, bei Gegenstimmen der FDP, BfM und MBL und bei Enthaltung der CDU folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt, der Stadtverordnetenversammlung im jährlichen Turnus zu berichten**

- a.) **Wie die Kommune in Zukunft ihre Grünbestände nach dem neuen hessischen Naturschutzgesetz schützen will.**
- b.) **Wie viele Anträge auf Baumfällung aus welchen Gründen nach der geltenden Baumschutzsatzung im zurückliegenden Jahr genehmigt wurden.**
- c.) **Wie viele Nachpflanzungen angeordnet wurden.**

zu 13.6 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Erweiterung der MLS  
Vorlage: VO/1355/2003**

Der Antrag wurde im Bau- und Planungsausschuss zurückgezogen.

zu 13.7 **Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD betr.  
Siedlungserweiterungsflächen  
Vorlage: VO/1431/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr.

Baumann (B 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden geänderten Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, eine Prioritätenliste zu erstellen, in der aus naturschutzfachlicher und stadtplanerischer Sicht vertretbare Siedlungserweiterungsflächen dargestellt werden. Diese Flächen sind nach ihrer städtebaulichen Qualität zu bewerten.

Dabei sollen die neue Bevölkerungsprojektion für 2020 und der daraus abgeleitete Wohnraumbedarf berücksichtigt werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über diese Antragsfassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst gegen die Stimmen der FDP, BfM und MBL mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird beauftragt, eine Prioritätenliste zu erstellen, in der aus naturschutzfachlicher und stadtplanerischer Sicht vertretbare Siedlungserweiterungsflächen dargestellt werden. Diese Flächen sind nach ihrer städtebaulichen Qualität zu bewerten. Dabei sollen die neue Bevölkerungsprojektion für 2020 und der daraus abgeleitete Wohnraumbedarf berücksichtigt werden**

zu 13.8 **Antrag der Fraktionen CDU, FDP, BfM und MBL betr. Gas betriebene Busse**  
**Vorlage: VO/1432/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Im Haupt- und Finanzausschuss hat der Oberbürgermeister den im Antrag geforderten Bericht für die Stadtverordnetenversammlung zugesagt. Eine Abstimmung erfolgte nicht. Aussprache wurde angemeldet.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Oppermann (CDU). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Nach den Ausschussberichten erteilt der Oberbürgermeister für den Magistrat den von den Antragstellern erforderten Bericht und beantwortet alle Fragen, die in der Antragsvorlage enthalten sind. Ein schriftliches Exemplar des Berichtes wird jeder Fraktion ausgehändigt.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Röllmann (FDP), Göttling (B 90/Die Grünen), Heck (CDU) und Dr. Musket (SPD).

Damit ist der Antrag erledigt. Eine Abstimmung erübrigt sich durch den vom Magistrat erteilten Bericht.

zu 13.9 **Antrag der MBL-Fraktion betr. kostenloses Kurzzeitparken**  
**Vorlage: VO/1439/2003**

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung der Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Im Rahmen der Debatte sprechen der Stadtverordnete Ludwig (MBL), Oberbürgermeister Möller, die Stadtverordneten Heubel (CDU), Acker (SPD), Faecks (BfM), Dr. Huesmann (MBL) und erneut Oberbürgermeister Möller.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen aus CDU, BfM, FDP, MBL, bei Nein-Stimmen aus SPD, B 90/Die Grünen und PDS/ML folgenden Beschluss:

**Der Antrag wird abgelehnt.**

zu 13.10 **Antrag der B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr.:**  
**Holz hackschnitzelanlage**  
**Vorlage: VO/1452/2003**

Für den Umweltausschuss berichtet die Vorsitzende Stadtverordnete Dr. Baumann (B 90/Die Grünen). Der Ausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Becker (SPD). Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

**Der Magistrat wird beauftragt,**

- a) über den Stand der Planungen zur Errichtung einer Holz hackschnitzelanlage zu berichten und
- b) in der Öffentlichkeit dafür zu werben, dass bei der Umrüstung oder dem Neubau von Heizungsanlagen auch Holz hackschnitzel- oder Holz pelletsanlagen zum Einsatz kommen.

zu 13.11 **Antrag der B 90/Die Grünen und SPD-Fraktionen betr.: Erdgasbetriebene**  
**KFZ insbesondere Busse**  
**Vorlage: VO/1453/2003**

**Der Magistrat wird aufgefordert als Gesellschafter auf die Stadtwerke Marburg GmbH einzuwirken, Busse und andere Kraftfahrzeuge der Stadtwerke so weit wie möglich, sukzessive auf den umweltschonenden Erdgasantrieb umzustellen. Hierzu soll die nötige Betankungsinfrastruktur in Zusammenarbeit mit dem potentiellen Erdgaslieferanten, den Stadtwerken und der Stadt Marburg entwickelt und errichtet werden.**

Der Antrag ist im Umweltausschuss bereits zur Annahme empfohlen worden. Im Haupt- und Finanzausschuss wurde er jedoch abgeändert und erneut an den Umweltausschuss überwiesen. Sollten dort noch Änderungen vorgenommen



werden, so will der Haupt- und Finanzausschuss erneut entscheiden.

Die Vorlage wird zurückgestellt und an den Umweltausschuss überwiesen.

zu **13.12** **Antrag der MBL-Fraktion betr. Radwege**  
**Vorlage: VO/1440/2003**

**Der Magistrat der Stadt Marburg wird gebeten zu veranlassen, dass der Abschnitt des Radweges von der Kreuzung Am Köppel / Sonnenblickallee in Richtung Moischt an der L 3125 in einen für Radfahrer befahrbaren Zustand versetzt wird.**

Der Antrag muss noch im Bau- und Planungsausschuss und im Umweltausschuss beraten werden. Die Vorlage wird zurückgestellt.

zu **14** **Große Anfragen der Fraktionen**

zu **14.1** **Große Anfrage der CDU-Fraktion betr. Geplanter Bau der Windkraftanlage in Wehrda**  
**Vorlage: VO/1388/2003**

Die Vorlage ist bereits im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Sie wurde dort durch weitere Fragen ergänzt und soll auch im Umweltausschuss noch behandelt werden. Ebenso erfolgt noch eine erneute Beratung im Bau- und Planungsausschuss der Juli-Sitzung.

Die große Anfrage wird zurückgestellt.

zu **15** **Kenntnisnahmen**

zu **15.1** **Planung und Entwicklung von Ganztagsangeboten in Marburg**  
**Vorlage: VO/1320/2003**

Die Vorlage ist im Schul- und Kulturausschuss zurückgestellt worden. Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um Uhr.

Löwer  
Stadtverordnetenvorsteher

Spies  
stellv. Vorsitzende  
der SPD-Fraktion

Rehlich  
Vorsitzender  
der CDU-Fraktion

Wagner  
Protokoll und  
Geschäftsstelle